

Die Parteileitung ebenso wie die BGL erinnerten sich der Existenz der Abgeordneten bisher nur dann, wenn sie die Klärung bestimmter Schwierigkeiten wünschen, die durch die Stadtverordneten erfolgen kann. Aber es gibt noch keine Unterstützung in der Form, daß sich die Partei- und Gewerkschaftsorganisation z. B. dafür interessiert, daß der im Betrieb arbeitende Vorsitzende der ständigen Kommission für örtliche Wirtschaft, Genosse Paul Herrmann, in seiner Tätigkeit* durch Fachkräfte aus dem Finanz- und Planungssektor des Betriebes unterstützt wird. Von diesen Kollegen wären sicher einige bereit, im Aktiv der ständigen Kommission mitzuarbeiten, wenn die entsprechenden Partei- und Gewerkschaftsgruppen mit ihnen darüber sprechen würden.

Besondere Schwierigkeiten haben die Genossen Abgeordneten noch in den Grundorganisationen, wo sich der Parteisekretär über die Bedeutung der Funktion eines Volksvertreters nicht im klaren ist. Diese Genossen müssen erkennen, daß es unsere Partei war, die den Genossen in diese Funktion delegiert hat und daß seine Tätigkeit als Volksvertreter ein wichtiger Auftrag der Partei ist. Manche Parteisekretäre verlangen von den Genossen Abgeordneten, daß sie Sitzungen der Volksvertretung versäumen, um an Mitgliederversammlungen oder anderen Veranstaltungen der Grundorganisation teilnehmen zu können. Ähnliche Schwierigkeiten haben einzelne Volksvertreter auch dann, wenn es notwendig ist, daß sie für ihre Tätigkeit von der Arbeit freigestellt werden.

Die Gemeindevertretung von Flurstedt beschloß z. B., daß der Gemeindevertreter Genosse Max Breuer für einige Tage den abwesenden Bürgermeister der Gemeinde vertreten soll. Das war eine wichtige Aufgabe, da sich die Gemeinde gerade inmitten der Ernte befand. Dem Genossen Breuer wurde die Freistellung von der Arbeit verweigert. Genosse Breuer wandte sich daraufhin hilfesuchend an den Parteisekretär seiner Grundorganisation, Genossen Fritz Stöbe. Aber auch dieser erkannte nicht die politische Bedeutung der Angelegenheit und wandte sich ebenfalls gegen die Freistellung des Genossen Breuer. Eine solche politisch falsche Einstellung kann nur darum auftreten, weil die zentrale Parteileitung bisher die Sekretäre der Grundorganisationen nicht genügend über die Bedeutung der Funktion eines Volksvertreters aufgeklärt hat.

Natürlich gibt es auch Ausnahmen. In der Optik-Betriebsleitung, wo der Volkskammer abgeordnete Genosse Werner Schubert als Betriebsleiter tätig ist, gibt es solche Schwierigkeiten nicht, weil der Genosse Schubert die Aufgaben der Abgeordneten genau kennt.

In den Grundorganisationen besteht noch keine Kontrolle über die Tätigkeit derjenigen Genossen, die Volksvertreter sind. Das ist nicht nur im VEB Zeiß so. Weil eine solche Kontrolle fehlt, konnte es z. B. geschehen, daß am 23. August 1956 die Stadtverordnetenversammlung von Jena nicht beschlußfähig war, weil viele Abgeordnete, darunter ein großer Teil Genossen, der Tagung unentschuldig fern blieben. Es ist nicht bekannt, daß die säumigen Genossen in ihren Grundorganisationen für ihr Verhalten zur Rechenschaft gezogen wurden.

Bisher gibt es auch keine Berichterstattung der Genossen Abgeordneten über ihre Tätigkeit vor der Parteileitung oder in den Mitgliederversammlungen. Das bedeutet, daß nicht wenige Genossen eine politisch bedeutsame Funktion ausüben, ohne daß sich die Grundorganisationen dafür interessieren.

Weder die Partei- noch die Gewerkschaftsorganisation des Betriebes zeigte bisher ein Interesse für die Arbeit der Aktivs der ständigen Kommissionen und